

**Festgestellt wird:**

**Forderungen der Kommunen, Städte und Länder wie z. B. OWi- /GEZ-/ Gebühren- Grundabgaben Forderungen z. B. der Firmen „Landeshauptstadt Schwerin, Amt Wittenburg, Landkreis Ludwigslust- Parchim“, wurden als illegales, Gesetz,- sitten-, und verfassungswidriges Geschäftsmodell und Willkürinstrument der zu einfachen Firmen illegal privatisierten bundesdeutschen Behörden erkannt. Die ebenfalls zu einfachen Firmen illegal privatisierten bundesdeutschen Justizorgane der Bundesrepublik Deutschland decken diese im Schriftsatz aufgeführten Verbrechen.**

**Diese Instrumente werden als Geldentzugswaffe zielgerichtet u. a. gegen uns und alle deutschen Bundesbürger eingesetzt um mich und die Menschen in ihren Rechten auszubremsen und mundtod zu machen und einzuschüchtern.**

**Diese Justiz- und Behördenwaffe werden deutschlandweit gegen kritische Bürger eingesetzt, um sie zum Schweigen zu bringen, anstatt die berechtigten Beschwerden sach- und fachgerecht zu klären.**

Selbst grundgeschulten Juristen ist es nicht möglich in wenigen Stunden oder Tagen die komplexen Zusammenhänge, die im Zusammenhang meiner Strafanzeige Ihnen gegeben habe zu prüfen und zu verstehen. Hier davon auszugehen das Sie offenkundig nicht mehr notwendigen Aufmerksamkeit durchgelesen haben und auch die Grundakten NICHT hinzugezogen haben.

**Auch dem Bundesverfassungsgericht (BVG) wurden genügend Gesetzesverstöße wie z. B. der nationalsozialistischen Justizbeitreibungsverordnung vom 11. 3. 1937 (RGBl I 298) von Adolf Hitler nachgewiesen:**

Trotzdem decken AUCH Sie persönlich die Anwendung illegal verbotener Inhalte der Justizbeitreibungsverordnung v. 11. 3. 1937 (RGBl I 298)!

Mit der Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes vom 24.03.1933 durch die Alliierten mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 20.09.1945 ist auch die Ermächtigungsgrundlage für die Justizbeitreibungsverordnung untergegangen- wird aber illegal auch durch die (beklagten) bundesdeutschen Justizorgane und Behörden angewendet.

Dazu erfolgt die illegale, strafbewehrt verbotene Anwendung nationalsozialistischen Staatsrechts in der BRD - u. a. auch durch Sie persönlich:

Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934 ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

Dazu erfolgt die Ausgabe der deutschen Staatsangehörigkeit vom 5.2.1934 von Adolf Hitler an die bundesdeutsche Bevölkerung.

Auch die nationalsozialistische Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von Adolf Hitler wurde 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt und wird bis heute in Deutschland angewendet.

Weiter wurde die gesamte Bevölkerung in der BRD entgegen den Vorschriften des Artikel 16 Absatz 1 Grundgesetz für die BRD durch den Geheimen Staatstreich am 8.12.2010 mit Streichung der Reichsangehörigkeit (RAG) im Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) vom 05.02. 1934 staatenlos- vogelfrei gemacht – vergleichbar wie z. B. das Wandervolk der Sinti und Roma.

*(Beweise: Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBL 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH\* von 1934, IGH - Urteil: BRD Rechtsnachfolger der 3. Reiches, Art. 127,133 und 139 des Grundgesetz für die BRD- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 5.2. 1934 (z.Zt. verfälscht 22.07.1913) Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 und das Bundesgesetzblatt Teil I Seite 1864 08.12.2010 – dazu das Unionsrecht: unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – u. a. Grundlagenwerk \*Der Unionsbürger\* von Christoph Schönberger)*

**Alle NS- Gleichschaltungsgesetze und faschistischen Gesetze wurden durch die Alliierten mit SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben.**

*\*...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“*

**Dazu kommt die illegale, arglistige Privatisierung der gesamten Bundesrepublik Deutschland zu einfachen Firmen.**

Beweis internationales Firmenregister [www.upik.de](http://www.upik.de), Hoppenstedt, Dumrath & Fassnacht, Hoppenstedt Firmendatenbank und weitere.

**Damit liegt nicht nur mir und der Allgemeinheit gegenüber der Entzug des gesetzlichen staatlichen Richters -Verstoß gegen Artikel 101 Grundgesetz für die BRD, GVG § 16 und § 45 deutsches Richtergesetz - vor sondern totale Auflösung jeglicher Rechtsordnung in der Bundesrepublik!**

**7. Antrag und Aufforderung auf Untersuchung und Abhilfe: Die BRD verhindert bis heute den notwendigen Abschluß der Friedensverträge mit über 54 Nationen zur Beendigung des 2. Weltkrieges.**

**Die BRD ist weltweit mit der größte Rüstungsproduzent und Waffenlieferant** besonders in die lokalen Krisengebiete wie die Ukraine, Afghanistan, die Kurden im Irak auch über die Golfstaaten Saudi Arabien und Katar an die Terrororganisationen die sog. \*Freiwillige Syrischen Armee\*- FSA - Dschabhat an-Nusra, Al Qaida, der sog. \*Islamischer Staat\* ISIS/IS, Al-Schabab (Al-Shabab), Boko Haram, Tehrik-i-Taliban.

**Selbst schwerste Straftaten nach nationalen und internationalen Recht** werden wider besseren Wissens durch **die verantwortlichen Personen der genannten Justizeinrichtungen und Behörden** gedeckt, anstatt endlich die notwendige

Verantwortung auch zum persönlichen Selbsterhalt für sich selbst und die eigene Familie zu übernehmen.

Es liegt auch Verstoß gegen Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vor.

**Weiter geht es hier um das Geld der vielen Justiz- und Behördenopfer in Deutschland** wie z. B. unseres Verein und meine Person, was über die komplexen Finanzkreisläufe wiederum für den (geheimen) Aufbau des islamischen Staates – Kalifat der ISIS - DAESH und Förderung des Terrorismus in Deutschland und Europa mißbraucht wird.

**Die zu Firmen privatisierten Länder, Städte und Gemeinden deren überdimensionierten Verwaltungsapparate und die Justizorgane der BRD** werden auch z. B. auch über diese Zwangs- und Schutzgelder finanziert, entlasten die Landeshaushalte, damit den Bundshaushalt. Aus dem BRD- Bundshaushalt werden wiederum die Mittel zum geheimen Aufbau des islamischen Staates in Deutschland und Europa freigesetzt und mißbräuchlich verwendet.

Weiter werden über den **Bundshaushalt** die vielfältigen **Waffen- und Rohstoffgeschäfte** über Drehscheiben wie z. B. die Türkei, Saudi Arabien und Katar abgewickelt.

Zudem werden illegale, nicht legitimierte Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr und BRD- Geheimdienste auch im Nahen Osten Syrien Irak, Afghanistan, Somalia, Jemen und weitere Krisenregionen finanziert.

**Seit dem Jahr 2015** wird zusätzlich auch noch die militärisch organisierte Evakuierung der islamischen Kämpfer-Terroristen im Rahmen der „staatlich“ inszenierten Flüchtlingsaktion (illegale Einwanderung) nach Deutschland/ Europa finanziert.

**Die illegale Einwanderung** erreicht in Deutschland/ Europa dramatische Ausmaße. Täglich kommende Tausende Personen/ Terroristen illegal nach Deutschland.

Das deutsche Volk wird buchstäblich überrannt! (Kriegswaffe)

Die BRD – Regierung hat darüber längst die Kontrolle darüber verloren- siehe die Bürgerkriegsartigen Eskalation in Köln, Hamburg, Stuttgart, Bielefeld und Berlin in der Silvesternacht am 31. Dezember 2015! Wahrscheinlich noch mehr Orte, welche aber von den deutschen Massenmedien weisungsgebunden vorsätzlich verschwiegen werden.

Eine realistisch erfolgreiche Prüfung der illegalen Einwanderer ist praktisch nahezu ausgeschlossen, weil die betreffenden Personen nicht identifizierbar sind.

Die in Europa nicht identifizierten Einwanderer werfen vor den Übertritt in sichere Staaten der Europäischen Union ihre Ausweisdokumente weg, bezahlen Schleusergelder bis weit über 20.000 Euro an über 90 offizielle Schleuser-Organisationen der **Europäischen Union/ Bundesrepublik Deutschland** und kommen als nicht sicher identifizierbare Einwanderer u. a. vornehmlich aus den von islamistischen Terroristen kontrollierten Gebieten in **Syrien, Irak, Afghanistan,**

**Libyen, Nigeria, Kamerun, Somalia, Äthiopien, Eritrea und weitere.** Weiter kommen illegale Einwanderer aus sicheren Drittstaaten wie den Balkanländern.

Insbesondere die **freie syrische Armee und deren vielfältigen Strukturen** bestehen aus angeworbenen und bezahlten Söldnern und freiwilligen Kämpfern aus ca. 130 Staaten- zumeist mit radikal islamischen Hintergrund. Die mit der Dschabhat an-Nusra verbündeten Freiwillig Syrische Armee (FSA), der Islamische Staat Al Qaida, der sog. \*Islamischer Staat\* ISIS/IS, Al-Schabab (Al-Shabab), Boko Haram, Tehrik-i-Taliban und weitere Terrororganisationen bestehen aus angeworbenen und bezahlten Söldnern und Freiwilligen Kämpfern und deren Anhang mit radikal Islamischen Hintergrund.

**Eine Prüfung u. a. nach - § 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, Aufenthaltsgesetzes und des Freizügigkeitsgesetzes/EU** ist bzgl. der vornehmlich arabischen und afrikanischen Einwanderer nahezu unmöglich, weil bis heute KEINE Zusammenarbeit mit der völkerrechtlich rechtmäßigen syrischen Regierung unter Präsident Bashar al Assad und deren zuständigen Behörden erfolgt! Die Zusammenarbeit wird auch von der Bundesregierung wiederholt öffentlich erklärt ausgeschlossen! (Beweis Reden Angela Merkel)

Weiter werden bundesweit schwere Straftaten vor der Öffentlichkeit todgeschwiegen und gedeckt wie z. B. Diebstähle, Einbrüche, (räuberische) Erpressungsaktionen, Vergewaltigungen, Morde und massive persönliche Belästigungen von Bewohnern.

Weiter kommen Straftäter aus den Ländern völlig ungeprüft und ungehindert selbstverständlich auch nach **Deutschland**. Die Personen versuchen der Strafverfolgung in Ihren Herkunftsländern zu entgehen - z. B. Fahnenflüchtige Personen aus Syrien.

Die Terroristen und Kriminellen benutzen zur Tarnung bei der Einwanderung auch Frauen und Kinder als Schutzschilde!

**Dass das illegale Einwanderungsprojekt (Verstoß gegen Artikel 16 a Grundgesetz)** – Evakuierung der– zumeist junge Männer/ Kämpfer- Terroristen und Terroristen wie die sog. \*Freiwillige Syrischen Armee\*- FSA - Dschabhat an-Nusra, Al Qaida, der sog. \*Islamischer Staat\* ISIS/IS, Al-Schabab (Al-Shabab), Boko Haram, Tehrik-i-Taliban –in Deutschland von vielen offiziellen Schleuser-Organisationen und Helfershelfern der Bundesrepublik Deutschland, Europäische Union und der USA militärisch organisiert wird, ist offenkundig und bedarf eigentlich keiner weitere Erläuterung mehr! Dazu kommen einfache Kriminelle, welche aus den von Terroristen eroberten Strafvollzugsanstalten entwichen sind und Wirtschaftsflüchtlinge als Trittbrettfahrer der inszenierten Völkerwanderung.

Bundesdeutsche Verwaltungen, Städte, Gemeinden, Kommunen wie **die Firma „Der Polizeipräsident in Berlin“** beteiligen sich aktiv an Schleusertätigkeiten bzw. deren Unterstützung.

Die bundesdeutsche Justiz deckt den Vorgang!

**eine Beweisquelle: Projekt Islamischer Staat in Deutschland & Europa**  
<http://staatenlos.info/beweise-zum-aufbau-des-is-in-deutschland.html>

- Verstoß gegen 16 a Grundgesetz für die BRD, § 258 Strafvereitelung und § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt,
- § 257 StGB Begünstigung
- 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 95 AufenthG, das Zuwanderungsgesetz, Aufenthaltsgesetzes und des Freizügigkeitsgesetzes/EU
- Übermittlungspflicht (§ 87 AufenthG)
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Richtlinie 2009/52/EG - EUR-Lex - Europa

**Weiter Beihilfe zum Terrorismus und Völkermord**

- Beteiligung an weltweiten Nazi- und Kriegsverbrechen, Völkermord
- Hochverrat gegen den Bund oder ein Land §§ 81,82 StGB: wer es unternimmt, die verfassungsgemäße Ordnung zu ändern, begeht Hochverrat weitere schwere Vorwürfe, die sich aus der Tatsache, dass der die Täter rechtlich grundgeschult ist sind, ergeben:
  - vorsätzliche Täuschung – vorsätzliche Untergrabung der freiheitlich demokratischen Grundordnung §81 und §82 StGB
- vorsätzliche Angabe falscher Tatsachen, Manipulationen und aller weiteren, in Frage kommender Straftaten.

**Sie decken mit Ihren bisherigen Fehlverhalten ihre eigene persönliche Vernichtung und die ethnische Vernichtung des Deutschen Volkes durch Ihr unverantwortliches Fehlverhalten (Justiz- Geschäftsmodell).**